



Verkündungsblatt

Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften

– Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

27. Jahrgang

Wolfenbüttel, den 11.04.2024

Nummer 11

Inhalt

- Neufassung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang „*Integriertes Versorgungsmanagement im Gesundheitswesen*“ der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, Fakultät Gesundheitswesen

Seite 3



Auf der Grundlage von § 37 Abs. 1 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. Nr. 5/2007 S. 69) in der jeweils gültigen Fassung, hat das Präsidium der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel (im Folgenden: Ostfalia) am 08.04.2024 die Änderung der Master-Prüfungsordnung für den konsekutiven Studiengang „*Integriertes Versorgungsmanagement im Gesundheitswesen*“ der Fakultät Gesundheitswesen genehmigt.

Die Neufassung lautet wie folgt:



Master-Prüfungsordnung

für den Studiengang „Integriertes Versorgungsmanagement im Gesundheitswesen“

Fakultät Gesundheitswesen

der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Inhalt

- § 1 Zweck der Prüfung
- § 2 Hochschulgrad
- § 3 Dauer und Gliederung des Studiums
- § 4 Prüfungsausschuss
- § 5 Hochschulöffentliche Bekanntmachungen des Prüfungsausschusses
- § 6 Prüferinnen, Prüfer, Beisitzerinnen, Beisitzer
- § 7 Art und Umfang der Masterprüfung
- § 8 Anrechnung von Studienzeiten, Prüfungs- und Studienleistungen
- § 9 Arten der Prüfungsleistungen
- § 10 Nachteilsausgleich
- § 11 Öffentlichkeit bei mündlichen Prüfungen
- § 12 Zulassung zu Prüfungen
- § 13 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 14 Bewertung der Prüfungsleistungen sowie Bildung der Noten
- § 15 Freiversuch
- § 16 Wiederholung von Prüfungsleistungen
- § 17 Zulassung zur Masterthesis
- § 18 Masterthesis
- § 19 Kolloquium
- § 20 Bewertung der Masterthesis mit dem Kolloquium und Bildung der Note
- § 21 Wiederholung der Masterthesis mit dem Kolloquium
- § 22 Gesamtergebnis der Masterprüfung
- § 23 Zeugnisse und Bescheinigungen
- § 24 Ungültigkeit der Masterprüfung
- § 25 Einsicht in Prüfungsleistungen und Prüfungsakte, rechtzeitige Rüge
- § 26 Rechtsbehelfsverfahren
- § 27 Übergangsregelung
- § 28 Inkrafttreten

Anlagen

- Anlage 1: Muster der Masterurkunde
- Anlage 2: Muster des Masterzeugnisses
- Anlage 3: Muster Diploma Supplement für den Studiengang Integriertes Versorgungsmanagement im Gesundheitswesen
- Anlage 4: Art und Umfang der Prüfungsleistungen

§ 1 Zweck der Prüfung

Durch die Masterprüfung wird eine wissenschaftlich fundierte Qualifikation erworben. Durch sie soll nachgewiesen werden, dass die erforderlichen Fachkenntnisse und Fähigkeiten erworben sind, um auf wissenschaftlicher Basis in den beruflichen Tätigkeitsfeldern die fachlichen Zusammenhänge zu überblicken und selbständig, problemorientiert und fächerübergreifend Entscheidungen treffen zu können. Zu diesem Zweck fördert und entwickelt das Studium die Fähigkeit, interdisziplinäre, sektorenübergreifende Problemstellungen und Möglichkeiten der konzeptionellen Vernetzung von Wertschöpfungsstufen im Gesundheitswesen analysieren und bewerten sowie die Relevanz interdisziplinärer Aspekte zu erkennen und Lösungsansätze entwickeln zu können.

§ 2 Hochschulgrad

Nach bestandener Masterprüfung verleiht die Hochschule den akademischen Grad „Master of Arts“ (abgekürzt: „M.A.“). Hierüber stellt die Hochschule eine Urkunde mit dem Datum des gleichzeitig erteilten Zeugnisses sowie das Diploma Supplement aus (Anlagen 1, 2, 3).

§ 3 Dauer und Gliederung des Studiums

- (1) Die Regelstudienzeit, in der das Studium abgeschlossen werden kann, beträgt vier Semester.
- (2) Das Studium umfasst Lehrveranstaltungen des Pflichtbereichs sowie Lehrveranstaltungen nach freier Wahl der Studierenden (Wahlbereich). Der Gesamtumfang der Pflichtfächer, inklusive der Masterthesis mit Kolloquium, beträgt 120 Leistungspunkte. Für einen Leistungspunkt wird eine Arbeitsbelastung von 30 Stunden angenommen. Die Anteile der Prüfungsfächer am Gesamtumfang sind in der Anlage 4 geregelt.

§ 4 Prüfungsausschuss

- (1) Für die Durchführung der Prüfungen ist die Studiendekanin oder der Studiendekan verantwortlich (§ 45 Abs. 3 NHG). Für die Organisation der Prüfungen und zur Wahrnehmung der durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben wird aus den Mitgliedern der Fakultät ein Prüfungsausschuss gebildet. Ihm gehören fünf stimmberechtigte Mitglieder an, und zwar drei Professorinnen oder Professoren, ein Mitglied, das die Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vertritt und hauptamtlich oder hauptberuflich in der Lehre tätig ist, ein studentisches Mitglied sowie ein Mitglied aus der MTV-Gruppe ohne Stimmrecht. Ist die Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht vorhanden, fällt dieser Sitz der Gruppe der Professorinnen und Professoren zu. Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz müssen von Professorinnen oder Professoren ausgeübt werden. Sie und die weiteren Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Vertretungen werden durch die jeweiligen Gruppenvertretungen zur Wahl vorgeschlagen und durch den Fakultätsrat gewählt. Das studentische Mitglied hat bei der Bewertung und Anrechnung von Prüfungen nur beratende Stimme. Die Studiendekanin oder der Studiendekan kann, falls sie oder er nicht als Mitglied des Prüfungsausschusses gewählt ist, an den Sitzungen des Prüfungsausschusses mit beratender Stimme teilnehmen.

- (2) Der Prüfungsausschuss stellt die Durchführung der Prüfungen sicher. Er achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Prüfungsordnung eingehalten werden. Er berichtet regelmäßig der Fakultät über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und gibt Anregungen zur Reform dieser Prüfungsordnung und der Studienordnung.
- (3) Der Prüfungsausschuss fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag. Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder, darunter die/der Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende und ein weiteres Mitglied der Gruppe der Professorinnen und Professoren, anwesend ist.
- (4) Die Amtszeit der Mitglieder des Prüfungsausschusses beträgt drei Jahre, die des studentischen Mitgliedes ein Jahr.
- (5) Über die Sitzungen des Prüfungsausschusses wird ein Ergebnisprotokoll geführt, welches dem Studierendenservice-Büro zur Verfügung gestellt wird.
- (6) Der Prüfungsausschuss kann für die Dauer seiner Amtszeit Befugnisse widerruflich auf die Vorsitzende/den Vorsitzenden und die stellvertretende Vorsitzende/den stellvertretenden Vorsitzenden übertragen. Die übertragenen Befugnisse hat der Prüfungsausschuss konkret festzulegen. Der jeweilige Beschluss ist zu veröffentlichen. Die/der Vorsitzende bereitet unter Mitarbeit der übrigen Mitglieder die Beschlüsse des Prüfungsausschusses vor und führt sie aus. Sie/er berichtet dem Prüfungsausschuss laufend über diese Tätigkeit, insbesondere über die Wahrnehmung der übertragenen Befugnisse.
- (7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, an der Abnahme von Prüfungen als Beobachtende teilzunehmen.
- (8) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Vertretungen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 5 Hochschulöffentliche Bekanntmachungen des Prüfungsausschusses

Der Prüfungsausschuss kann beschließen, dass die Entscheidungen und andere Maßnahmen, die nach dieser Prüfungsordnung getroffen werden, insbesondere die Zulassung zur Prüfung, Versagung der Zulassung, Melde- und Prüfungstermine, Prüfungsfristen sowie Prüfungsergebnisse hochschulöffentlich in ortsüblicher Weise bekannt gemacht werden. Dabei sind datenschutzrechtliche Bestimmungen zu beachten.

§ 6 Prüferinnen, Prüfer, Beisitzerinnen, Beisitzer

- (1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen und Prüfer und die Beisitzerinnen und Beisitzer. Zur Abnahme von Prüfungen werden Mitglieder und Angehörige dieser Hochschule bestellt, die in dem betreffenden Prüfungsfach oder in einem Teilgebiet des Prüfungsfaches zur selbständigen Lehre berechtigt sind. Lehrkräfte für besondere Aufgaben

sowie in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen können in geeigneten Prüfungsgebieten zur Abnahme von Prüfungen bestellt werden. Zur Prüferin oder zum Prüfer sowie zur Beisitzerin oder zum Beisitzer dürfen nur Personen bestellt werden, die mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation haben. Zur Rolle der Beisitzerin oder des Beisitzers siehe § 9 Abs. 4.

- (2) Soweit Prüfungen studienbegleitend durchgeführt werden, ist die verantwortlich lehrende Person Prüferin oder Prüfer. § 14 Abs. 1 gilt entsprechend.
- (3) Der Prüfungsausschuss stellt sicher, dass den Studierenden die Namen der Prüfenden rechtzeitig bekannt gegeben werden.
- (4) Für die Prüferinnen und Prüfer sowie die Beisitzerinnen und Beisitzer gilt § 4 Abs. 8 S. 2, 3 entsprechend.

§ 7 Art und Umfang der Masterprüfung

- (1) Die Masterprüfung wird studienbegleitend durchgeführt. Sie besteht aus den Modulprüfungen und aus der Masterthesis mit Kolloquium. Näheres hierzu ist in der Anlage 4 geregelt.
- (2) Eine Modulprüfung besteht in der Regel aus einer Prüfungsleistung. Sie kann jedoch auch aus mehreren Prüfungsleistungen (Teilprüfungen) bestehen. Näheres hierzu ist in der Anlage 4 geregelt.
- (3) Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn alle zugehörigen Prüfungsleistungen bestanden sind.
- (4) Studierende können in weiteren Fächern (Wahlfächer), nach Anmeldung bei den Lehrenden Prüfungen ablegen. Das Ergebnis dieser Prüfungen wird durch die Lehrenden bescheinigt, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht mit einbezogen. Über das Ergebnis von Prüfungen in Wahlfächern wird eine gesonderte Bescheinigung ausgestellt.

§ 8 Anrechnung von Studienzeiten, Prüfungs- und Studienleistungen

- (1) Studienzeiten, Studienleistungen einschließlich berufspraktischer Tätigkeiten und Prüfungsleistungen in dem gleichen Studiengang an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland werden ohne Gleichwertigkeitsfeststellung angerechnet.
- (2) Studienzeiten, Studienleistungen einschließlich berufspraktischer Tätigkeiten und Prüfungsleistungen in einem anderen in- oder ausländischen Studiengang werden angerechnet, wenn kein wesentlicher Unterschied nachgewiesen werden kann.
- (3) Nachgewiesene gleichwertige Kompetenzen und Fähigkeiten, die außerhalb des Hochschulbereichs erworben wurden, sind höchstens bis zur Hälfte der für den Studiengang vorgesehenen Leistungspunkte anzurechnen.
- (4) Über die Anrechnung von Leistungen entscheidet der Prüfungsausschuss auf Antrag der Studierenden in der Regel innerhalb von 4 Wochen. Die Entscheidung über die Anrechnung wird auf der Grundlage angemessener Informationen über die Qualifikationen getroffen, deren Anrechnung

angestrebt wird. Die Verantwortung für die Bereitstellung hinreichender Informationen obliegt der/dem Antragsteller/in. Die Beweislast, dass ein Antrag nicht die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt, liegt beim Prüfungsausschuss. Wird die Anrechnung versagt oder erfolgt keine Entscheidung, können Rechtsmittel eingelegt werden.

- (5) Bei einem geplanten Aufenthalt an einer anderen Hochschule im In- oder Ausland kann die Entscheidung des Prüfungsausschusses vor dem Aufenthalt eingeholt werden.
- (6) Bei seiner Entscheidung lässt sich der Prüfungsausschuss von folgenden Grundsätzen leiten:
 - Die Leistungen werden angerechnet, wenn kein wesentlicher Unterschied nachgewiesen werden kann. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung in Hinblick auf die Bedeutung der Leistungen für den Zweck der Prüfungen nach § 1 vorzunehmen.
 - Für die Anrechnung von Leistungen eines ausländischen Studienganges sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen oder andere zwischenstaatliche Vereinbarungen maßgebend. Soweit Vereinbarungen nicht vorliegen oder eine weitergehende Anrechnung beantragt wird, entscheidet der Prüfungsausschuss. Zur Aufklärung der Sach- und Rechtslage kann eine Stellungnahme der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen eingeholt werden. Abweichende Anrechnungsbestimmungen auf Grund von Vereinbarungen mit ausländischen Hochschulen bleiben unberührt.
 - Nicht bestandene Prüfungsleistungen, die laut Anlage 4 zu den Pflichtmodulen des Studienganges gehören, können nicht durch andere Leistungen ersetzt werden. Das gilt auch für den nicht bestandenen Freiversuch.
 - Um den besonderen Anforderungen eines an einer ausländischen Hochschule absolvierten Semesters gerecht zu werden, kann der Prüfungsausschuss beschließen, die im Ausland erworbenen Leistungspunkte überproportional für den Studiengang Integriertes Versorgungsmanagement im Gesundheitswesen anzurechnen.
 - Leistungen, die an einer ausländischen Partnerhochschule entsprechend dem learning agreement erbracht werden, werden anerkannt.
- (7) Für Studierende ausländischer Partnerhochschulen, die ein Auslandssemester an der Fakultät Gesundheitswesen der Ostfalia Hochschule absolvieren, richtet sich das Studium nach den Ordnungen der Heimathochschule. Der Studienabschnitt, der an der Fakultät Gesundheitswesen absolviert wird, unterliegt dieser Prüfungsordnung.
- (8) Für Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudiengängen gelten Abs. 1, 2, 4 und 6 entsprechend.
- (9) Die Noten von angerechneten Studien- und Prüfungsleistungen werden - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - übernommen und in die Berechnung der Gesamtnote einbezogen. Bei nicht vergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Zeugnis ist zulässig.

§ 9 Arten der Prüfungsleistungen

- (1) Prüfungen können durch folgende Arten von Prüfungsleistungen abgelegt werden:
1. Klausur (Abs. 3)
 2. Mündliche Prüfung (Abs. 4)
 3. Referat (Abs. 5)
 4. Hausarbeit (Abs. 6)
 5. Erstellung und Dokumentation von Rechnerprogrammen (Abs. 7)
 6. Projektarbeit (Abs. 8)
 7. Komplexe Aufgabe (Abs. 9)
 8. Kumulationsprüfung (Abs. 10)
 9. Kombinationsprüfung (Abs. 11)
 10. Elektronische Prüfung (Abs. 12)
 11. E-Portfolio (Abs. 13)
 12. Einsendeaufgabe (Abs. 14)
 13. Wiki (Abs. 15)
 14. Praxisbericht (Abs. 16)
 15. Posterpräsentation (Abs. 17)
 16. Kurztests (Abs. 18)
 17. Objective Structured Clinical Examination (Abs. 19)
 18. Wissenschaftliche Kurzdarstellung (Abs. 20)
 19. Beratung (Abs. 21)
 20. Konzept (Abs. 22).
- (2) Der Prüfungsausschuss kann bei Vorliegen triftiger Gründe auf Antrag einer Prüferin oder eines Prüfers oder auf gemeinsamen Antrag mehrerer Prüferinnen und Prüfer genehmigen, dass, neben der in der Anlage 4 vorgeschriebenen Prüfungsleistung, eine andere Art der Prüfungsleistung nach Abs. 1 angeboten wird. Im Antrag an den Prüfungsausschuss ist darzulegen, in welcher Weise den Anforderungen einer fächerübergreifenden Prüfungsleistung (§ 14 Abs. 4) Rechnung getragen wird. Der Prüfungsausschuss versagt die Zustimmung, wenn die Gleichwertigkeit nicht gewährleistet ist.
- (3) Eine Klausur ist eine in begrenzter Zeit, mit zugelassenen Hilfsmitteln und unter Aufsicht durchzuführende schriftliche Einzelprüfung, in der fachspezifische Fragen zu beantworten oder Aufgaben zu lösen sind. Die Bearbeitungszeit ist in der Anlage 4 festgelegt.
- (4) Eine Mündliche Prüfung findet vor zwei Prüferinnen oder Prüfern (Kollegialprüfung) oder einer Prüferin bzw. einem Prüfer und einer sachkundigen Beisitzerin oder einem sachkundigen Beisitzer als Einzelprüfung oder als Gruppenprüfung statt. Die Dauer der Prüfung beträgt für jede/jeden zu Prüfende/n in der Regel dreißig Minuten. Der Zweitprüferin oder dem Zweitprüfer obliegt die Protokollführung. Die Beisitzerin oder der Beisitzer darf den oder die zu Prüfende/n weder befragen noch beurteilen. Ihr/Ihm obliegt im Wesentlichen eine Kontrollfunktion für den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung und die Protokollführung. Es ist ein Ergebnisprotokoll anzufertigen und von den Personen nach S. 1 zu unterschreiben.
- (5) Ein Referat umfasst:
1. eine selbständige schriftliche Auseinandersetzung mit einem Thema aus dem Arbeitszusammenhang der Lehrveranstaltung unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden,
 2. die Darstellung der Arbeit und die Vermittlung ihrer Ergebnisse im mündlichen Vortrag (ggf. unter Verwendung digitaler Medien) sowie in einer anschließenden Diskussion.
- Die Bearbeitungszeit und die Dauer des mündlichen Vortrages legt die Prüferin oder der Prüfer fest; die Bearbeitungsdauer soll sechs Wochen nicht überschreiten.
- (6) Eine Hausarbeit ist eine vertiefte selbständige schriftliche Auseinandersetzung mit einem Thema aus dem Arbeitszusammenhang der Lehrveranstaltung unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden. In geeigneten Fällen können die erarbeiteten Lösungen mündlich (ggf. unter Verwendung digitaler Medien) erläutert werden. Die Bearbeitungszeit legt die Prüferin oder der Prüfer fest, sie soll sechs Wochen nicht überschreiten. Die Prüferin oder der Prüfer kann ebenfalls den Umfang bestimmen.
- (7) Die Erstellung und Dokumentation von Rechnerprogrammen umfasst in der Regel:
1. die Beschreibung der Aufgabe und ihrer Abgrenzung,
 2. die Erarbeitung theoretischer Voraussetzungen für die Bearbeitung der Aufgabe, insbesondere die Auswahl der geeigneten Methoden unter Einbeziehung und Auswertung einschlägiger Literatur,
 3. die Formulierung der verwendeten Algorithmen in einer geeigneten Programmiersprache,
 4. das Testen des Programms mit mehreren exemplarischen Datensätzen und das Überprüfen der Ergebnisse auf ihre Richtigkeit und
 5. die Programmdokumentation insbesondere mit Angabe der verwendeten Methoden, des Ablaufplans, des Programmprotokolls (Quellenprogramm) und des Ergebnisprotokolls.
- Die Bearbeitungszeit legt die Prüferin oder der Prüfer fest, sie soll sechs Wochen nicht überschreiten.
- (8) Eine Projektarbeit umfasst insbesondere:
1. die theoretische Vorbereitung des Projekts,
 2. den Aufbau und ggf. die Durchführung des Projekts und
 3. die schriftliche Darstellung der Arbeitsschritte des Projektablaufs und der Ergebnisse des Projekts sowie deren kritische Würdigung. Die Prüferin oder der Prüfer entscheidet über eine zusätzliche mündliche Darstellung (ggf. unter Verwendung digitaler Medien).
- Die Bearbeitungszeit legt die Prüferin oder der Prüfer fest, sie soll sechs Wochen nicht überschreiten. Wird die Projektarbeit gem. Abs. 24 durch mehr als eine/n zu Prüfende/n erstellt, wird sie als Gruppenprojektarbeit bezeichnet.
- (9) Eine Komplexe Aufgabe ist eine unter Anleitung der/des Lehrenden, ggf. über das Semester verteilte, von den Studierenden eigenständig auszuführende Auseinandersetzung mit Problemstellungen aus dem Arbeitszusammenhang der Lehrveranstaltung. Die Ergebnisse werden z. B. durch Protokolle, Berichte, Aufgabenzettel, Portfolios, Prä-

sentationen (ggf. unter Verwendung digitaler Medien) dokumentiert. Die Art und Anzahl, den Umfang sowie die Bearbeitungszeit der Einzelleistungen legt die Prüferin bzw. der Prüfer fest. Sofern die Prüfungsleistung Komplexe Aufgabe in der Anlage 4 mit der Kennzeichnung *) versehen ist, wird sie mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet. In diesem Fall kann eine Komplexe Aufgabe nur als bestanden gewertet werden, wenn die oder der zu Prüfende auch die vom Prüfungsausschuss festgelegte Anwesenheitspflichtquote erfüllt.

- (10) Eine Kumulationsprüfung ist eine von der/dem zu Prüfenden eigenständig auszuführende Auseinandersetzung mit Themen der Lehrveranstaltung unter Berücksichtigung des für das Fachgebiet definierten Standards. Sie ist eine mehrteilige Prüfung, die sich aus Einzelleistungen mündlicher, schriftlicher und/oder handlungsbezogener (z. B. Bewältigung von Simulations- und Trainingsszenarien) Art zusammensetzt. Die Art und Anzahl, den Umfang sowie die Bearbeitungszeit der Einzelleistungen legt die Prüferin bzw. der Prüfer fest. Sofern die Prüfungsleistung Kumulationsprüfung in der Anlage 4 mit der Kennzeichnung *) versehen ist, wird sie mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet. In diesem Fall kann die Prüfung nur als bestanden gewertet werden, wenn die oder der zu Prüfende auch die vom Prüfungsausschuss festgelegte Anwesenheitspflichtquote erfüllt.
- (11) Im Rahmen einer Kombinationsprüfung werden zur Bewertung einer Prüfungsleistung nach § 9 Abs. 3 eine oder mehrere mündliche oder schriftliche Leistungen (ggf. unter Verwendung digitaler Medien), welche in der Lehrveranstaltung oder als Hausübung erbracht worden sind (Besondere Lehrveranstaltungsleistungen) ergänzend herangezogen. Diese Leistungen sind genau einer Prüfungsleistung und einem Prüfungstermin zugeordnet und dienen der studienbegleitenden Kontrolle des Lernfortschrittes. Ihre Bewertung wird nicht explizit im Zeugnis ausgewiesen, sie geht nach Maßgabe der Prüfenden in die Bewertung der Prüfungsleistung mit einem Gewicht von max. 50% ein. Das Bestehen der Prüfung und die Bewertung der Prüfungsleistung nach § 9 Abs. 3 müssen auch ohne Besondere Lehrveranstaltungsleistung uneingeschränkt möglich sein. Die Form und die Anzahl der geplanten Besonderen Lehrveranstaltungsleistungen sowie die Verteilung der Bewertungsgewichte hat die Prüferin oder der Prüfer dem Prüfungsausschuss sowie den zu Prüfenden spätestens in der zweiten Woche des Lehrveranstaltungszeitraums bekannt zu geben. Die Prüferin oder der Prüfer hat allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Lehrveranstaltung die Möglichkeit der Kombinationsprüfung anzubieten. Ferner hat sie oder er die zeitnahe Bewertung der Leistungen und deren Bekanntgabe zu gewährleisten. Erbringt eine Teilnehmerin oder ein Teilnehmer eine übernommene Besondere Lehrveranstaltungsleistung mit oder ohne triftigen Grund nicht, so hat sie oder er keinen Anspruch auf Wiederholung.
- (12) Eine Elektronische Prüfung ist eine Prüfung, die am Computer mittels Rechnerprogramm durchgeführt wird, indem die Angaben der oder des zu Prüfenden entgegengenommen und mittels vorgegebener, nachvollziehbarer Kriterien bewertet werden. Die Programmierung muss folgende Anforderungen sicherstellen: Die eingegebenen elektronischen Daten müssen eindeutig und dauerhaft jeder/jedem einzelnen zu Prüfenden zugeordnet werden können. Jede/

Jeder zu Prüfende muss am Ende ihrer/seiner Bearbeitung die abgegebene Leistung bestätigen. Nach der Bestätigung muss eine Änderungsmöglichkeit der gespeicherten Daten ausgeschlossen sein. Die Festlegung der Anforderungen und der Bearbeitungsdauer erfolgt durch die Prüferin oder den Prüfer. Die Prüferin oder der Prüfer hat den zu Prüfenden die Möglichkeit zu geben, sich vorab mit dem Prüfungssystem vertraut zu machen.

- (13) Ein E-Portfolio ist eine intra- oder internetbasierte Sammelmappe, die verschiedene digitale Medien und Services integriert. Die/der zu Prüfende kreiert und pflegt ein E-Portfolio als digitalen Speicher der Arbeitsergebnisse, die sie/er im Verlauf der Lehrveranstaltung erstellt. Die Anforderungen an das E-Portfolio legt die/der Prüfende fest. Die Prüferin/der Prüfer kann eine zusätzliche mündliche Erläuterung festlegen (ggf. unter Verwendung digitaler Medien). Das E-Portfolio wird mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet.
- (14) Einsendeaufgaben umfassen die selbstständige Bearbeitung von Aufgaben aus dem Arbeitszusammenhang einer Lehrveranstaltung unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden sowie die Übermittlung an die/den Prüfenden auf elektronische Weise. Die Art, Anzahl, den Umfang und die Bearbeitungszeit der Aufgaben legt die/der Prüfende fest.
- (15) Ein Wiki ist eine Prüfung, bei der der/die zu Prüfende ein Thema aus dem Arbeitszusammenhang der Lehrveranstaltung(en) vollständig, tiefgreifend und ausgewogen (mit Quellenangabe) sowie adressatenorientiert in Form einer enzyklopädischen Webseite erläutert und ggf. mit der Webseite eines/einer anderen zu Prüfenden verlinkt. Die Bearbeitungszeit legt die/der Prüfende fest, sie soll sechs Wochen nicht überschreiten.
- (16) Ein Praxisbericht ist eine Prüfung, in der die/der zu Prüfende zeigt, dass sie/er nach didaktisch-methodischer Anleitung Studium und Praxis verbinden und die Phänomenologie der Praxis auf wissenschaftlichem Niveau reflektieren kann. Der Praxisbericht umfasst insbesondere
1. eine Beschreibung der Stelle, bei der das Praxisprojekt absolviert worden ist,
 2. eine Beschreibung der während des Projekts wahrgenommenen Aufgaben und
 3. eine kritische Auseinandersetzung mit den für das Projekt relevanten betrieblichen Teilbereichen unter Auswertung einschlägiger Literatur.
- Die Prüferin oder der Prüfer legt die Bearbeitungsfrist fest und entscheidet über eine zusätzliche mündliche Darstellung (ggf. unter Verwendung digitaler Medien).
- (17) Eine Posterpräsentation ist eine Prüfung, bei der der/die zu Prüfende die wesentlichen Inhalte einer wissenschaftlich bearbeiteten Themenstellung oder eines Projektes unter Anwendung gestalterischer Techniken in Posterformat darstellt und präsentiert (ggf. unter Verwendung digitaler Medien). Die gestalterischen Anforderungen legt die/der Prüfende fest. Gleiches gilt für die Bearbeitungszeit, diese soll sechs Wochen nicht überschreiten.
- (18) Die Prüfung Kurzttests besteht aus mindestens vier Einzeltests, von denen der/die zu Prüfende mindestens 75 Prozent absolvieren muss. Die Einzeltests finden semesterbegleitend im Rahmen der Lehrveranstaltung statt (ggf. unter

Verwendung digitaler Medien). In ihnen sind in begrenzter Zeit und mit zugelassenen Hilfsmitteln schriftlich fachspezifische Fragen zu beantworten oder Aufgaben zu lösen. Die Anzahl und die jeweilige Bearbeitungszeit legt der/die Prüfende fest. Die Endnote ergibt sich aus der Summe der in den Einzeltests erreichten Punkte. Die Wiederholungsprüfung in einem Semester, in dem die Lehrveranstaltung nicht angeboten wird, erfolgt als Klausur. Die Klausurdauer legt der Prüfungsausschuss fest.

- (19) Im Rahmen einer Objective Structured Clinical Examination ist ein Parcours von Prüfungsstationen zu bewältigen. Dabei werden sowohl die Kommunikation und der Umgang mit einem standardisierten Patient als auch die Fertigkeiten praktischer Handlungen geprüft. Die Dauer der Prüfung beträgt für jede/jeden zu Prüfende/Prüfenden in der Regel neunzig Minuten.
- (20) Eine Wissenschaftliche Kurzdarstellung ist eine schriftliche, unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden selbstständig verfasste Ausarbeitung, in der die Bearbeitung eines Themas aus dem Arbeitszusammenhang des Studiengangs entworfen wird. Die Wissenschaftliche Kurzdarstellung WK1 umfasst insbesondere einen Themenvorschlag, einen Gliederungsentwurf, Erläuterungen zum Hintergrund des Themas sowie zur Zielsetzung der Ausarbeitung, zum Vorgehen, den Aufbau der Themenaufbereitung, die Darstellung der geplanten eigenständigen Leistungen und Literaturquellen. Die Wissenschaftliche Kurzdarstellung WK2 setzt zusätzlich eine fachlich vertiefte Auseinandersetzung mit einem Themengebiet voraus. Die Bearbeitungszeit, die sechs Wochen nicht überschreiten soll, und den Umfang legt die oder der Prüfende fest.
- (21) Die Beratung stellt einen strukturierten Prozess im Rahmen der Lehrveranstaltung dar, welcher die aktive Beteiligung der/des Studierenden erfordert. Der Beratungsprozess dient der Anpassung des weiteren Studienverlaufs auf die berufliche Karriereplanung der/des Studierenden. Die Beratung besteht aus Teilnahme an der Lehrveranstaltung und einem persönlichen Beratungsgespräch. Hinsichtlich der Teilnahme gilt § 13 Abs. 1, 2 entsprechend. Die Beratung wird mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet.
- (22) Ein Konzept umfasst
1. ein schriftliches Planungsdokument, in dem aus den analysierten Grundlagen eines Vorhabens, die Ziele sowie die Methoden, Strategien und Maßnahmen, mit denen diese Ziele erreicht und ggf. evaluiert werden können, definiert werden,
 2. die Darstellung des Konzeptpapiers und die Vermittlung der Ergebnisse im mündlichen Vortrag (ggf. unter Verwendung digitaler Medien) sowie in einer anschließenden Diskussion.
- Die Bearbeitungszeit für die Konzepterstellung und die Dauer des mündlichen Vortrages legt die Prüferin oder der Prüfer fest; die Bearbeitungszeit soll sechs Wochen nicht überschreiten.
- (23) Die Aufgaben für die Prüfungsleistungen werden von der Prüferin oder dem Prüfer festgelegt. Multiple Choice Aufgaben sind nur in geringem Umfang zulässig; dies gilt auch für die elektronische Prüfung. Gibt es für eine Prüfung mehrere Prüferinnen und Prüfer und können sich diese nicht einigen,

legt der Prüfungsausschuss nach den Vorschlägen der Prüferinnen und Prüfer die Aufgaben fest. Zu den Prüfungsleistungen nach den Absätzen 5, 6, 7, 8, 9, 16, 20 und 22 kann der/dem zu Prüfenden die Gelegenheit gegeben werden, für die Aufgabe Vorschläge zu machen.

- (24) Die Studierenden sollen auch befähigt werden, selbständig und im Zusammenwirken mit anderen Personen wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen sowie deren Bedeutung für die Gesellschaft und die berufliche Praxis zu erkennen. Hierzu sollen geeignete Arten von Prüfungsleistungen in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden. Der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der/des einzelnen zu Prüfenden muss die an die Prüfung zu stellenden Anforderungen erfüllen sowie als individuelle Prüfungsleistung auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien deutlich abgrenzbar und für sich bewertbar sein.
- (25) Schriftliche Ausarbeitungen zu Prüfungsleistungen (mit Ausnahme der Klausur) sind auf Verlangen der Prüferin oder des Prüfers zusätzlich elektronisch in einem von der Prüferin oder dem Prüfer festzulegenden gängigen Dateiformat abzugeben.
- (26) Der Prüfungsausschuss legt den Prüfungszeitraum und die Zeitpunkte für die Abnahme der mündlichen Prüfungen, Klausuren und anderer im Prüfungszeitraum stattfindenden Prüfungen fest und veröffentlicht die Termine rechtzeitig. Der Prüfungsausschuss kann auf Antrag die Aufgabe nach S. 1 den Prüfenden übertragen. Die Zeitpunkte für die Abnahme von Prüfungen, die außerhalb des Prüfungszeitraums stattfinden, legen die Prüfenden fest und informieren die Studierenden und den Prüfungsausschuss rechtzeitig über die Termine.
- (27) Elektronische Fernprüfungen werden auf Grundlage der „Rahmenordnung für elektronische Fernprüfungen der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel“ in der jeweils geltenden Fassung durchgeführt. Nähere Bestimmungen hierzu beschließt der Prüfungsausschuss.

§ 10 Nachteilsausgleich

Macht die oder der zu Prüfende glaubhaft, dass sie/er wegen Krankheit oder Behinderung oder einer außergewöhnlichen Belastung darstellenden familiären Verpflichtung nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgeschriebenen Form abzulegen, kann ihr oder ihm durch den Prüfungsausschuss ermöglicht werden, die Prüfungsleistungen außerhalb der regulär festgelegten Prüfungstermine, innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Ferner kann der Prüfungsausschuss beschließen, dass § 16 Abs. 3 S. 1, 2 nicht angewendet wird. Dies geschieht nach Rücksprache mit der Prüferin oder dem Prüfer. Zum Nachweis geltend gemachter Erkrankungen kann die Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses verlangt werden.

§ 11 Öffentlichkeit bei mündlichen Prüfungen

Studierende, die sich demnächst der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörerinnen

nen oder Zuhörer bei mündlichen Prüfungen und mündlich abzulegenden Teilen von Prüfungen zuzulassen. S. 1 gilt nicht für die mündliche Zusatzprüfung gem. § 16 Abs. 2. Auf Antrag der zu Prüfenden können die Prüferinnen und Prüfer auch andere als die genannten Personen als Zuhörerinnen und Zuhörer zulassen. Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an die/den zu Prüfende/Prüfenden. Auf Antrag einer/eines zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen oder Zuhörer nach S. 1 auszuschließen.

§ 12 Zulassung zu Prüfungen

- (1) Der Antrag auf Zulassung (Meldung) zu den einzelnen Prüfungsteilen der Masterprüfung ist schriftlich oder elektronisch beim Prüfungsausschuss oder einer von ihm beauftragten Stelle innerhalb des vom Prüfungsausschuss festzusetzenden Zeitraumes zu stellen. Fristen, die vom Prüfungsausschuss gesetzt sind, können bei Vorliegen triftiger Gründe verlängert oder rückwirkend verlängert werden. Versäumt die oder der zu Prüfende die Anmeldefrist für eine Teil- oder Modulprüfung, kann sie oder er an der nicht angemeldeten Prüfung nicht teilnehmen.
- (2) Zu einer Prüfung wird zugelassen, wer im Studiengang „Integriertes Versorgungsmanagement im Gesundheitswesen“ an dieser Hochschule immatrikuliert ist und ein ordnungsgemäßes Studium im Rahmen des tatsächlichen Lehrangebotes nachweist.
- (3) Der Meldung sind, soweit sich nicht entsprechende Unterlagen bei der Hochschule befinden, beizufügen:
 - Nachweise nach Abs. 2 und
 - eine Erklärung darüber, ob bereits eine Masterprüfung oder Teile dieser Prüfung in dem gleichen Studiengang an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland nicht bestanden oder endgültig nicht bestanden ist.Is es nicht möglich, eine nach S. 1 erforderliche Unterlage in der vorgeschriebenen Weise beizufügen, kann der Prüfungsausschuss gestatten, den Nachweis auf andere Art zu führen.
- (4) Über die Zulassung zu den Prüfungen entscheidet der Prüfungsausschuss. Die Zulassung wird versagt, wenn
 1. die Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind oder
 2. die Unterlagen unvollständig sind oder
 3. die Masterprüfung in dem gleichen Studiengang an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland bereits endgültig nicht bestanden ist.Die Versagung der Zulassung erfolgt elektronisch generiert, in Textform oder schriftlich.
- (5) Der Prüfungsausschuss kann beschließen, dass die Zulassung zur Masterprüfung aufgrund der Meldung zum jeweils ersten Prüfungsteil erfolgt und dass zu den jeweils folgenden Prüfungsteilen zugelassen ist, wer sich zu dem betreffenden Prüfungsteil unter Beifügung der vorgeschriebenen ergänzenden Nachweise innerhalb der vom Prüfungsausschuss festgelegten Frist angemeldet hat. Ein Bescheid ergeht in diesem Fall bei den folgenden Prüfungsleistungen nur, wenn die Zulassung zu versagen ist.

§ 13 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ bewertet, wenn die/der zu Prüfende ohne triftige Gründe
 1. zu einem Prüfungstermin nicht erscheint oder
 2. nach Ablauf der Rücktrittsfrist von der Prüfung zurücktritt oder
 3. den Abgabetermin für die schriftliche Ausarbeitung einer Prüfungsleistung nicht einhält oder
 4. die Wiederholung einer Prüfungsleistung nicht fristgerecht anmeldet und durchführt.
- (2) Die für das Versäumnis oder den Rücktritt geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden, andernfalls gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet. Bei Krankheit ist unverzüglich, spätestens innerhalb von fünf Werktagen nach dem entsprechenden Prüfungstermin ein ärztliches Attest mit der Angabe der Art und Dauer der Krankheit vorzulegen. Auf dem Attest ist zu vermerken, für welche Prüfung oder Prüfungen es eingereicht ist. Auf Verlangen des Prüfungsausschusses ist ein amtsärztliches Zeugnis einzureichen. Der Prüfungsausschuss kann insbesondere im Fall einer Wiederholungsprüfung ein amtsärztliches Attest verlangen. Werden die Gründe anerkannt, wird für die betreffende Prüfungsleistung ein neuer Termin, in der Regel der nächste reguläre Prüfungstermin, anberaumt.
- (3) Versucht die oder der zu Prüfende das Ergebnis ihrer/seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ bewertet. Hierüber entscheidet der Prüfungsausschuss. Vor der Entscheidung ist der Prüferin/dem Prüfer bzw. der/den aufsichtführenden Person/en und der/dem zu Prüfenden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (4) Wer sich eines Verstoßes gegen die Ordnung der Prüfung schuldig gemacht hat, kann von der jeweiligen aufsichtführenden Person von der Fortsetzung der betreffenden Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet.

§ 14 Bewertung der Prüfungsleistungen sowie Bildung der Noten

- (1) Die einzelnen Prüfungsleistungen werden unbeschadet der Regelung in § 9 Abs. 4 S. 1 von der vom Prüfungsausschuss bestellten jeweiligen Prüferin oder dem vom Prüfungsausschuss bestellten jeweiligen Prüfer bewertet. Auf Antrag der zu Prüfenden oder des zu Prüfenden, sowie im Falle der letzten Wiederholungsprüfung wird die Bewertung durch zwei vom Prüfungsausschuss bestellte Prüferinnen und Prüfer vorgenommen. Im Falle des § 9 Abs. 5, 9, 10, 11, 19 und 21 sowie des § 9 Abs. 6, 8, 16 und 22 mit zusätzlicher mündlicher Erläuterung ist der Antrag auf Bewertung durch eine zweite Prüferin oder einen zweiten Prüfer bereits mit der Anmeldung zu stellen. In anderen Fällen ist der Antrag bis zum Ende des Semesters zu stellen, das auf die Prüfung folgt. Schriftliche Prüfungsleistungen sollen spätestens vier Wochen nach der Abgabe bewertet sein.

- (2) Für die Bewertung einer Prüfungsleistung sind vorbehaltlich der in Anlage 4 aufgeführten Ausnahmen folgende Noten zu verwenden:

1,0; 1,3	= sehr gut:
eine besonders hervorragende Leistung,	
1,7; 2,0; 2,3	= gut:
eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung,	
2,7; 3,0; 3,3	= befriedigend:
eine Leistung, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entspricht,	
3,7; 4,0	= ausreichend:
eine Leistung, die trotz ihrer Mängel den durchschnittlichen Anforderungen entspricht,	
5,0	= nicht ausreichend:
eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.	

Ergibt sich die Note als arithmetisches Mittel von Einzelbewertungen, so werden dafür die beiden ersten Dezimalstellen hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die Note lautet dann bei einem Mittel

von 1,00 bis 1,15:	1,0
von 1,16 bis 1,50:	1,3
von 1,51 bis 1,85:	1,7
von 1,86 bis 2,15:	2,0
von 2,16 bis 2,50:	2,3
von 2,51 bis 2,85:	2,7
von 2,86 bis 3,15:	3,0
von 3,16 bis 3,50:	3,3
von 3,51 bis 3,85:	3,7
von 3,86 bis 4,00:	4,0
ab 4,01:	5,0.

Die in Anlage 4 mit „*“ gekennzeichneten Prüfungen werden mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet und gehen nicht in die Gesamtnote ein.

- (3) Die Prüfungsleistung ist bestanden, wenn sie mit mindestens „ausreichend“ bewertet wird. Bewerten mehrere Prüfende dieselbe Prüfungsleistung, ist sie bestanden, wenn alle sie mit mindestens „ausreichend“ bewerten. In diesem Fall ergibt sich die Note als arithmetisches Mittel. Abs. 2 S. 2, 3 gilt entsprechend.
- (4) Bezieht sich innerhalb eines Moduls eine Prüfungsleistung gem. Anlage 4 auf zwei oder mehr Lehrveranstaltungen, so richtet sich die fächerübergreifende Ausgestaltung und Bewertung nach der Gewichtung der Lehrveranstaltungen nach Leistungspunkten.
- (5) Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn alle Prüfungsleistungen der Modulprüfung bestanden wurden (vgl. Anlage 4). Die Modulnote errechnet sich als gewichtetes arithmetisches Mittel der Noten der einzelnen Prüfungsleistungen mit den in Anlage 4 festgelegten Gewichten; Abs. 2 S. 2, 3 gilt entsprechend.
- (6) Die Gesamtnote für die Masterprüfung wird als gewichtetes arithmetisches Mittel der Modulnoten nach Abs. 5 und der

Note für die Masterthesis mit Kolloquium mit den in Anlage 4 festgelegten Gewichten berechnet, Abs. 2 S. 2, 3 gilt entsprechend. Dabei gehen die Modulnoten und die Note für die Masterthesis mit Kolloquium mit einer Nachkommastelle entsprechend Abs. 2 ein.

- (7) Im Zeugnis über die Masterprüfung werden die Modulnoten und die Gesamtnote sowohl in Worten als auch in Klammern als Zahl angegeben. Die Zahlenangabe erfolgt bei Modulnoten mit einer Nachkommastelle und bei der Gesamtnote mit zwei Nachkommastellen.
- (8) Die an einer ausländischen Hochschule erbrachten Prüfungsleistungen werden nach Fächern spezifiziert und mit der entsprechenden Note gesondert im Zeugnis ausgewiesen. Die Ausweisung der Prüfungsleistungen erfolgt in der Landessprache sowie auf Antrag in einer entsprechenden deutschen Übersetzung.

§ 15 Freiversuch

- (1) Erstmals nicht bestandene Prüfungsleistungen gelten als nicht unternommen, wenn sie spätestens zu dem ersten regulär festgelegten Prüfungstermin abgelegt werden (Freiversuch). Die Prüfungsfristen nach S. 1 werden einmalig bis zum nächsten regulären Prüfungstermin verlängert, wenn triftige Gründe für die Überschreitung der Fristen nachgewiesen werden. § 13 Abs. 1 und 2 gilt entsprechend. Im Fall des § 10 kann der Prüfungsausschuss eine weitere Verlängerung der Prüfungsfristen beschließen. Im Fall eines nicht bestandenen Freiversuchs gilt § 16 Abs. 3 ebenfalls erst für die Wiederholungsprüfung. Innerhalb eines Freiversuchs bestandene Prüfungsleistungen werden berücksichtigt.
- (2) Im Rahmen des Freiversuchs bestandene Prüfungsleistungen können zur Notenverbesserung am nächsten regulären Prüfungstermin erneut abgelegt werden. Dabei zählt das jeweils bessere Ergebnis.
- (3) Für anerkannte Studien- und Prüfungsleistungen besteht kein Freiversuch.

§ 16 Wiederholung von Prüfungsleistungen

- (1) Nicht bestandene Prüfungsleistungen können einmal wiederholt werden. Davon unberührt bleibt der Freiversuch nach § 15. Wird die Wiederholung der Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ bewertet oder gilt sie als mit „nicht ausreichend“ bewertet und ist eine Zusatzprüfung nach Abs. 2 nicht oder nicht mehr gegeben, ist die Prüfungsleistung „endgültig nicht bestanden“.
- (2) Wurde eine Prüfungsleistung gem. § 9 Abs. 3, 18 in der ersten Prüfung und in der Wiederholungsprüfung mit der Note „nicht ausreichend“ bewertet, hat die/der zu Prüfende Anspruch auf eine mündliche Zusatzprüfung. Die Anzahl dieser Zusatzprüfungen ist während des gesamten Studiums auf drei begrenzt. Die mündliche Zusatzprüfung wird von zwei Prüferinnen und Prüfer durchgeführt. Im Übrigen gilt § 9 Abs. 4 entsprechend. Die mündliche Zusatzprüfung findet zu einem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Termin statt. Die Dauer der mündlichen Zusatzprüfung beträgt in der Regel 20 Minuten. Sie kann von den Prüferinnen und Prüfern verlängert werden, wenn noch Zweifel an der abschließenden Bewertung bestehen. Die Prüfenden setzen

die Note der Prüfungsleistung unter angemessener Berücksichtigung der schriftlichen Leistung und dem Ergebnis der mündlichen Zusatzprüfung fest. Wurde die Gesamtleistung mit mindestens „ausreichend“ beurteilt, ist die Prüfungsleistung mit der Note „4,0“ zu bewerten. Die mündliche Zusatzprüfung ist ausgeschlossen, wenn die schriftliche Prüfungsleistung in der Wiederholungsprüfung nach § 13 als mit „nicht ausreichend“ bewertet gilt.

- (3) Wiederholungsprüfungen der Module 1 - 9 sind spätestens am nächsten regulären Prüfungstermin abzulegen. Dies gilt auch, wenn die Meldung zur Wiederholungsprüfung im Zeitraum des Meldeverfahrens nicht vorgenommen wurde. Der nächste reguläre Prüfungstermin findet in dem Semester statt, in dem die betroffene Lehrveranstaltung erneut angeboten wird. Bei Versäumnis des Prüfungstermins gilt § 13 Abs. 1, 2.
- (4) In den anderen Studiengängen der Fakultät Gesundheitswesen erfolglos unternommene Versuche, eine Prüfungsleistung im gleichen Modul abzulegen, werden auf die Wiederholungsmöglichkeit nach den Abs. 1 und 2 angerechnet.
- (5) Für Studien- und Prüfungsleistungen, die gem. § 8 anerkannt wurden, besteht keine Wiederholungsmöglichkeit.

§ 17 Zulassung zur Masterthesis

- (1) Zur Masterthesis wird zugelassen, wer
 1. die Zulassungsvoraussetzungen nach § 12 erfüllt,
 2. die Prüfungen der Module 1 - 9 bestanden hat.
- (2) Der Antrag auf Zulassung ist spätestens zum Zeitpunkt der Ausgabe des Themas der Masterthesis schriftlich beim Prüfungsausschuss zu stellen. Dem Antrag sind, soweit sich nicht entsprechende Unterlagen bei der Hochschule befinden, beizufügen:
 1. Nachweise gemäß Abs. 1,
 2. ein Vorschlag einer Erstprüferin/eines Erstprüfers und einer Zweitprüferin/eines Zweitprüfers,
 3. ein Vorschlag für den Themenbereich, dem das Thema für die Masterthesis entnommen werden soll, und
 4. eine Erklärung, ob die Masterthesis als Einzel- oder als Gruppenarbeit vergeben werden soll.
- (3) Der Prüfungsausschuss kann auf Antrag die Zulassung zur Masterthesis auch dann erteilen, wenn die Voraussetzungen nach Abs. 1 Nr. 2 noch nicht erfüllt sind. Diese bedingte Zulassung setzt voraus, dass die Erfüllung der noch fehlenden Zulassungsvoraussetzungen ohne Beeinträchtigung der Masterthesis nachgeholt werden kann.

§ 18 Masterthesis

- (1) Die Masterthesis ist eine vertiefte selbständige schriftliche Auseinandersetzung mit einer komplexen und fachübergreifenden Themenstellung unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden. Thema und Aufgabenstellung der Masterthesis müssen dem Prüfungszweck nach § 1 S. 2 und der Bearbeitungszeit nach Abs. 4 entsprechen. Die Art der Aufgabe und die Aufgabenstellung müssen mit der Ausgabe des Themas festliegen.

- (2) Das Thema der Masterthesis kann von jeder und jedem Angehörigen der Gruppe der Professorinnen und Professoren der Fakultät Gesundheitswesen festgelegt werden. Mit Zustimmung des Prüfungsausschusses kann das Thema auch von einer Professorin oder einem Professor festgelegt werden, die/der nicht Mitglied der Fakultät Gesundheitswesen ist.
- (3) Das Thema wird von der Erstprüferin oder dem Erstprüfer nach Anhörung der/des zu Prüfenden festgelegt. Auf Antrag sorgt der Prüfungsausschuss dafür, dass die/der zu Prüfende rechtzeitig ein Thema erhält. Die Ausgabe des Themas erfolgt über die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Mit der Ausgabe des Themas werden die Prüferin/der Prüfer, die/der das Thema festgelegt hat (Erstprüferin/ Erstprüfer), und die Zweitprüferin/der Zweitprüfer bestellt. Während der Anfertigung der Arbeit wird die/der zu Prüfende von der Erstprüferin/dem Erstprüfer betreut.
- (4) Die Zeit von der Festlegung des Themas durch die Erstprüferin oder den Erstprüfer bis zur Abgabe der Masterthesis beträgt 21 Wochen. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten 3 Wochen zurückgegeben werden. Bei Vorliegen triftiger Gründe kann der Prüfungsausschuss die Bearbeitungszeit auf begründeten Antrag bis zur Gesamtdauer von 42 Wochen verlängern. Die Ausgabe des Themas soll spätestens drei Monate nach Ende des Semesters erfolgen, in dem die letzte Modulprüfung bestanden worden ist.
- (5) Die Masterthesis kann in Form einer Gruppenarbeit angefertigt werden. Der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der/des einzelnen zu Prüfenden muss auf Grund von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien deutlich abgrenzbar und für sich bewertbar sein und den Anforderungen nach Abs. 1 entsprechen.
- (6) Bei der Abgabe der Masterthesis hat die/der zu Prüfende schriftlich zu versichern, dass sie/er die Arbeit – bei einer Gruppenarbeit den entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit – selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.
- (7) Die Masterthesis ist fristgemäß beim Prüfungsausschuss abzugeben. § 13 Abs. 1 gilt entsprechend. Die Abgabe erfolgt ausschließlich in elektronischer Form nach den Vorgaben, die der oder dem zu Prüfenden mit Ausgabe des Themas mitgeteilt werden. Wenn keine von der/dem zu Prüfenden und/oder Prüfenden zu beachtende Geheimhaltungspflicht besteht, ist eine Veröffentlichung auf dem Dokumentenserver der Hochschule möglich. Wünscht die/der Studierende eine Veröffentlichung auf dem Dokumentenserver der Hochschule, so muss eine Erklärung hinsichtlich der Bereitschaft zur Veröffentlichung beigefügt werden.
- (8) Die Masterthesis soll innerhalb von fünf Wochen nach ihrer Abgabe durch den/die Erst- und Zweitprüfer/in nach Abs. 2 vorläufig bewertet sein.

§ 19 Kolloquium

- (1) Im Kolloquium hat die/der zu Prüfende in einer Auseinandersetzung über die Masterthesis nachzuweisen, dass sie/er in der Lage ist, fächerübergreifend und problembezogen Fragestellungen aus dem Bereich dieser Fachrichtung

selbständig auf wissenschaftlicher Grundlage zu bearbeiten und die Arbeitsergebnisse in einem Fachgespräch zu vertiefen.

- (2) Voraussetzung für die Zulassung zum Kolloquium ist, dass sämtliche Voraussetzungen nach § 17 Abs. 1 erfüllt sind und die Masterthesis von beiden Prüfenden vorläufig bewertet wurde, wobei die vorläufige Bewertung einer oder eines Prüfenden mit mindestens „ausreichend“ für die Zulassung zum Kolloquium genügt.
- (3) Das Kolloquium wird gemeinsam von den Prüfenden der Masterthesis als Einzelprüfung oder als Gruppenprüfung durchgeführt. Das Kolloquium kann auf Wunsch der/des zu Prüfenden unter Verwendung digitaler Medien durchgeführt werden; bei einer Gruppenprüfung müssen alle zu Prüfenden damit einverstanden sein. Die Dauer des Kolloquiums beträgt in der Regel je zu Prüfenden 45 Minuten. Im Übrigen gelten § 9 Abs. 4 und § 11 sowie, wenn das Kolloquium unter Verwendung digitaler Medien durchgeführt wird, die §§ 2, 3 der Rahmenordnung für elektronische Fernprüfungen der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel in der jeweils geltenden Fassung entsprechend.

§ 20 Bewertung der Masterthesis mit dem Kolloquium und Bildung der Note

Jede prüfende Person bildet jeweils aus der von ihr gebildeten vorläufigen Note für die Masterthesis und dem Ergebnis des Kolloquiums eine endgültige Note für die Masterthesis mit dem Kolloquium, wobei die Masterthesis doppelt und das Kolloquium einfach zu gewichten sind. § 14 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 21 Wiederholung der Masterthesis mit dem Kolloquium

- (1) Wurde die Masterthesis von beiden Prüfern oder Prüferinnen mit „nicht ausreichend“ bewertet oder lautet die endgültige Note der Masterthesis mit Kolloquium „nicht ausreichend“, kann die Masterthesis mit Kolloquium einmal wiederholt werden. Eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen. Eine Rückgabe des Themas bei der Wiederholung der Masterthesis ist nur zulässig, wenn von dieser Möglichkeit nicht schon im ersten Versuch (§ 18 Abs. 4 S. 2) Gebrauch gemacht worden ist.
- (2) Das neue Thema der Masterthesis wird in angemessener Frist, in der Regel innerhalb von drei Monaten nach der Bewertung der ersten Arbeit, ausgegeben.

§ 22 Gesamtergebnis der Masterprüfung

- (1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Modulprüfungen und die Masterthesis mit dem Kolloquium entsprechend den Vorschriften in Anlage 4 jeweils mit mindestens „ausreichend“ oder „bestanden“ bewertet worden ist.
- (2) Die Gesamtnote der Masterprüfung errechnet sich entsprechend § 14 aus dem gewogenen arithmetischen Mittel der Noten für die Modulprüfungen und für die Masterthesis mit dem Kolloquium mit den in Anlage 4 festgelegten Gewichten.
- (3) Die Masterprüfung ist erstmals nicht bestanden, wenn eine Modulprüfung, eine Teilprüfung oder die Masterthesis mit

dem Kolloquium mit „nicht ausreichend“ oder „nicht bestanden“ bewertet ist oder als „nicht ausreichend“ bewertet gilt. Sie ist endgültig nicht bestanden, wenn eine Modulprüfung, eine Teilprüfung oder die Masterthesis mit Kolloquium mit „nicht ausreichend“ oder „nicht bestanden“ bewertet ist oder als „nicht ausreichend“ bewertet gilt und eine Wiederholungsmöglichkeit nicht mehr besteht.

§ 23 Zeugnisse und Bescheinigungen

- (1) Nach Vorliegen sämtlicher Voraussetzungen ist über die bestandene Masterprüfung unverzüglich jeweils ein Zeugnis nach Anlage 2, eine Urkunde nach Anlage 1 sowie ein Diploma Supplement nach Anlage 3 auszustellen. Als Datum des Zeugnisses wird der Tag angegeben, an dem das Kolloquium bestanden wurde.
- (2) Zusätzlich zur Abschlussnote wird eine relative Einstufung gemäß ECTS User's Guide vorgenommen, sobald entsprechende statistisch belastbare Daten zur Verfügung stehen.
- (3) Ist die Masterprüfung endgültig nicht bestanden, erteilt der Prüfungsausschuss der/dem Studierenden hierüber einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.
- (4) Beim Verlassen der Hochschule oder beim Wechsel des Studienganges wird eine Bescheinigung ausgestellt, welche die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Bewertung enthält. Im Fall von Abs. 3 wird die Bescheinigung ohne Antrag ausgestellt; sie muss die noch fehlenden Prüfungsleistungen ausweisen und erkennen lassen, dass die Masterprüfung endgültig nicht bestanden ist. Auf Antrag wird eine weitere Bescheinigung ausgestellt, die lediglich die bewerteten Prüfungsleistungen ausweist.
- (5) Das Zeugnis ist mit dem Siegel der Hochschule zu versehen. Das Zeugnis über die Masterprüfung und die Urkunde werden von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterschrieben, die Masterurkunde zusätzlich von der Dekanin oder dem Dekan.

§ 24 Ungültigkeit der Masterprüfung

- (1) Wurde bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betreffende Note entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für „nicht bestanden“ erklären.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die/der zu Prüfende hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Wurde die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.
- (3) Der/dem zu Prüfenden ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Erörterung der Angelegenheit mit dem Prüfungsausschuss zu geben.
- (4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und durch ein richtiges Zeugnis oder eine Bescheinigung nach § 23 zu ersetzen. Mit dem unrichtigen Prüfungszeugnis ist auch die

Masterurkunde einzuziehen, wenn die Prüfung auf Grund einer Täuschung für „nicht bestanden“ erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 S. 2 ist für die in § 9 genannten Prüfungen nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 25 Einsicht in Prüfungsleistungen und Prüfungsakte, rechtzeitige Rüge

- (1) Die/der zu Prüfende wird auf Antrag vor Abschluss einer Prüfung über Teilergebnisse unterrichtet.
- (2) Der/dem zu Prüfenden wird auf Antrag nach Abschluss jeder Teil- oder Modulprüfung und der Masterthesis mit Kolloquium Einsicht in ihre/seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, in die Bemerkungen der Prüfenden und in die Prüfungsprotokolle gewährt. Der Antrag ist spätestens ein Jahr nach Ablauf des Semesters, in dem die betroffene Prüfung stattgefunden hat, beim Prüfungsausschuss zu stellen. Der Prüfungsausschuss bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme. Soweit sich die Unterlagen (noch) bei der Prüferin oder dem Prüfer befinden, gewährt diese oder dieser die Einsicht.
- (3) Die oder der zu Prüfende hat Mängel des Prüfungsverfahrens unverzüglich, spätestens innerhalb eines Monats ab Kenntnis des Mangels, zu rügen.

§ 26 Rechtsbehelfsverfahren

- (1) Gegen Entscheidungen, denen eine Bewertung einer Leistung im Rahmen einer berufsbezogenen Prüfung zugrunde liegt, kann beim Prüfungsausschuss Widerspruch nach den §§ 68 ff. VwGO eingelegt werden.
- (2) Bringt die Widerspruchsführerin oder der Widerspruchsführer in ihrem oder seinem Widerspruch konkret und substantiiert Einwendungen gegen die Bewertung ihrer oder seiner Leistung durch eine Prüfende oder einen Prüfenden vor, leitet der Prüfungsausschuss den Widerspruch dieser oder diesem Prüfenden zur Überprüfung zu. Ändert die oder der Prüfende die Bewertung dem Widerspruch entsprechend, so hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch ab. Andernfalls überprüft der Prüfungsausschuss die Entscheidung aufgrund der Stellungnahme der oder des Prüfenden insbesondere darauf, ob
 - a) das Prüfungsverfahren nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden ist,
 - b) bei der Bewertung von einem falschen Sachverhalt ausgegangen worden ist,
 - c) allgemeingültige Bewertungsgrundsätze nicht beachtet worden sind,
 - d) sich die oder der Prüfende von sachfremden Erwägungen hat leiten lassen.

Entsprechendes gilt, wenn sich der Widerspruch gegen die Bewertung durch mehrere Prüfende richtet. Der Prüfungsausschuss kann zur Bewertung der Leistung der Widerspruchsführerin oder des Widerspruchsführers eine Gutachterin oder einen Gutachter bestellen. Die Gutachterin oder der Gutachter muss die Qualifikation nach § 6 haben. Nach Vorliegen des Gutachtens ist der Widerspruchsführe-

rin oder dem Widerspruchsführer und der oder dem Prüfenden vor der Entscheidung des Prüfungsausschusses Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

- (3) Hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch nicht ab, legt er den Widerspruch dem Fakultätsrat zur Entscheidung vor. Die studentischen Vertreterinnen und Vertreter im Fakultätsrat haben in Bewertungsfragen und bei Entscheidungen über die Anerkennung von Prüfungsleistungen nur eine beratende Stimme. Über den Widerspruch soll innerhalb von sechs Wochen, im Fall des Abs. 2 S. 5 innerhalb von neun Wochen, entschieden werden. Wird dem Widerspruch nicht abgeholfen, bescheidet die Leitung der Hochschule die Widerspruchsführerin oder den Widerspruchsführer.
- (4) Gegen andere als in Abs. 1 genannte Entscheidungen kann ohne Durchführung eines Vorverfahrens Klage beim Verwaltungsgericht gem. §§ 68 ff. VwGO, § 8a Abs. 1, 2 Nds. AGVwGO erhoben werden. Davon unberührt bleibt das Recht auf Einlegung des nicht förmlichen Rechtsbehelfs einer Gegenvorstellung. Reicht die oder der zu Prüfende vor Klageerhebung eine Gegenvorstellung beim Prüfungsausschuss ein, so gelten die Abs. 2 bis 4 entsprechend.

§ 27 Übergangsregelung

Das Studium und die Prüfungen der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Prüfungsordnung bereits in einem höheren als dem ersten Semester im Studium befindlichen Studierenden des Studiengangs „Integriertes Versorgungsmanagement im Gesundheitswesen“ richten sich nach der bisherigen Prüfungsordnung. Soweit es mit dem Studienfortschritt vereinbar ist und keine Nachteile für die Studierenden mit sich bringt, kann der Fakultätsrat bestimmen, dass für die schon eingeschriebenen Studierenden das Studium ersatzweise nach den Regelungen dieser Prüfungsordnung fortgeführt wird.

§ 28 Inkrafttreten

Diese Prüfungsordnung tritt nach ihrer Genehmigung am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Hochschule zum Wintersemester 2024/25 in Kraft.



Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften
– Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
Fakultät Gesundheitswesen

Die Fakultät Gesundheitswesen
der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften

verleiht mit dieser Urkunde
Frau/Herrn*)

geb. am in,
den Hochschulgrad

Master of Arts (abgekürzt: M.A.)

nachdem sie/er*) die Masterprüfung
im Studiengang *)
am bestanden hat.

(Siegel der Hochschule)

..... , den
(Ort) (Datum)

.....
Dekanin/Dekan

.....
Vorsitzende(r) des Prüfungsausschusses

*) Zutreffendes einsetzen



Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften
– Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
Fakultät Gesundheitswesen

Zeugnis über die Masterprüfung

Frau/Herr*)
geboren am in

hat die Masterprüfung im Studiengang

mit der Gesamtnote bestanden.**)

Modulprüfungen/Leistungspunkte: (Prüfungsleistungen)	Noten**)
---	----------

.....
-------	-------

Masterthesis mit Kolloquium über das Thema*)

Note

..... , den
(Ort) (Datum)

(Siegel der Hochschule)
Vorsitzende(r) des Prüfungsausschusses

*) Zutreffendes einsetzen

***) Notenstufen: sehr gut, gut, befriedigend, ausreichend

[Zusätzlich wird gemäß § 14 Abs. 7 in Klammern die Note als Zahl angegeben.]

Diploma Supplement

Holder of the Qualification:

Date, Place, Country of Birth: , ,

Student ID Number or Code:

Pages: 3

This Diploma Supplement model was developed by the European Commission, Council of Europe and UNESCO/CEPES. The purpose of the supplement is to provide sufficient independent data to improve the international 'transparency' and fair academic and professional recognition of qualifications (diplomas, degrees, certificates etc.). It is designed to provide a description of the nature, level, context, content and status of the studies that were pursued and successfully completed by the individual named on the original qualification to which this supplement is appended. It should be free from any value judgements, equivalence statements or suggestions about recognition. Information in all eight sections should be provided. Where information is not provided, an explanation should give the reason why.

1. INFORMATION IDENTIFYING THE HOLDER OF THE QUALIFICATION

1.1 Last Name(s)

1.2 First Name(s)

1.3 Date of Birth

1.4 Student ID Number or Code

2. INFORMATION IDENTIFYING THE QUALIFICATION

2.1 Name of Qualification and (if applicable) title conferred (in original language)
Master of Arts (M.A.)

2.2 Main Field(s) of Study for the qualification
Integrated Health Care Management

2.3 Name and status of awarding institution (in original language)
Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften
– Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
Fakultät Gesundheitswesen
University of Applied Sciences/State Institution

2.4 Name and status of institution if different from 2.3 administering studies (in original language)

2.5 Languages of Instruction/Examination
German (100 %)

Certification Date:

Chairman Examination Committee

3. INFORMATION ON THE LEVEL AND DURATION OF THE QUALIFICATION

3.1 Level of the qualification

Graduate/Second Degree with Masterthesis

3.2 Official duration of programme in credits and/or years

2 years, 120 ECTS Credit Points (3600 hours of taught courses and self-study)

3.3 Access Requirements

Bachelor degree (180 ECTS Credit Points) or diploma (four years) in a relevant field which qualifies for a position within the healthcare sector.

4. INFORMATION ON THE PROGRAMME COMPLETED AND THE RESULTS OBTAINED

4.1 Mode of Study

Full-time, 2 years

4.2 Programme learning outcomes

Graduates with a Master's degree are qualified to take over specialist and management positions in the course of their professional career. For this purpose, graduates have developed the competencies to initiate and support interdisciplinary cooperation and to promote communication. They develop and analyze criteria and principles for evaluating the usefulness and quality of interdisciplinary care approaches, also in an international context, and apply them.

In addition to health services research, graduates incorporate the areas of innovation management, ethics, digitalization, sustainability and business administration into their work.

4.3 Programme details, individual credits gained and grades/marks obtained

- health sciences context
- integrated care design in the health sector
- health services research
- project studies
- innovation management
- sustainability in the health sector
- ethics
- digitalisation
- organisational development

4.4 Grading system and, if available, grade distribution table

Grade	German text	Description
1,0; 1,3	Sehr gut	Very Good – outstanding performance
1,7; 2,0; 2,3	Gut	Good – above the average standards
2,7; 3,0; 3,3	Befriedigend	Satisfactory – meets the average standards
3,7; 4,0	Ausreichend	Sufficient – performance meets the minimum criteria
5,0	Nicht ausreichend	Fail – Further work is required

For the grading table of the Faculty of Faculty of Health and Health Care Sciences see supplementary document.

Certification Date:

Chairman Examination Committee

4.5 Overall classification of the qualification (in original language)

“ ”

Based on the accumulation of grades receiving during the study programme and the final thesis (examinations 75 %, thesis 25 %).

5. INFORMATION ON THE FUNCTION OF THE QUALIFICATION

5.1 Access to Further Study

Qualifies to apply for admission for postgraduate/doctoral level study programmes and research may be granted by receiving university.

5.2 Access to a regulated profession (if applicable)

n.a.

6. ADDITIONAL INFORMATION

6.1 Additional Information

On the programme: www.ostfalia.de/g

6.2 Further Information Sources

On the institution: www.ostfalia.de. For national information sources see Section 8.

7. CERTIFICATION

7.1 Date

7.2 Signature

7.3 Capacity

7.4 Official stamp or seal

8. NATIONAL HIGHER EDUCATION SYSTEM

The information on the national higher education system on the following pages provides a context for the qualification and the type of higher education that awarded it.

[Hier wird vom Studierendenservicebüro jeweils die Grafik aus der aktuellen Vorlage der HRK eingefügt]

Studiengang "Integriertes Versorgungsmanagement im Gesundheitswesen" (M.A.)

Anlage 4: Art und Umfang der Prüfungsleistungen

Modul IVMG-1					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Gesundheitswissenschaftlicher Kontext							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Gesellschaftliche und individuelle Bedingungen der Gesundheitsversorgung	1	3	5	10	10	PP
2	Interprofessionalität in der Gesundheitsversorgung	1	3	5			
			6	10		10	
Modul IVMG-2					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Integrierte Versorgungsgestaltung im Gesundheitswesen							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Wissenschafts- und qualitätsorientierte Versorgungskonzepte	1	3	5	10	10	K120
2	Finanzierung innovativer Versorgungskonzepte	1	3	5			
			6	10		10	
Modul IVMG-3					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Versorgungsforschung							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Methoden und Instrumente der Versorgungsforschung	1	3	5	10	10	KU
2	Qualitätssicherung und Patient*innenorientierung	1	3	5			
			6	10		10	
Modul IVMG-4					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Projektstudium							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Kommunikation und Kooperation im interdisziplinären Team	2-3	2	3	0	10	KO*)
2	Forschungs-/Praxisprojekt	2-3	3	10	10		PA
			5	13		10	
Modul IVMG-5					Gewicht Prüfungsleistung	Gewicht Modul	Prüfungsleistung
Innovationsmanagement							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Produkt- und Prozessmanagement	2	2	3	7	7	K90
2	Customer Relationship Management	2	2	4			
			4	7		7	

Modul IVMG-6					Gewicht Prüfungs- leistung	Gewicht Modul	Prüfungs- leistung
Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Nachhaltiges Wirtschaften und Ressourcenmanagement	2	3	5	10	10	KO
2	Gesundheitliche Versorgung im Kontext von Klimawandel und Umweltökonomie	2	3	5			
			6	10		10	
Modul IVMG-7					Gewicht Prüfungs- leistung	Gewicht Modul	Prüfungs- leistung
Digitalisierung							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Business Intelligence	2	4	6,5	10	10	R
2	Einsatz von e-Health-Systemen	3	2	3,5			
			6	10		10	
Modul IVMG-8					Gewicht Prüfungs- leistung	Gewicht Modul	Prüfungs- leistung
Ethik							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Ethische Aspekte im Gesundheitswesen	3	3	5	10	10	KU
2	Werteorientierte Führung	3	3	5			
			6	10		10	
Modul IVMG-9					Gewicht Prüfungs- leistung	Gewicht Modul	Prüfungs- leistung
Organisationsentwicklung							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Change Management	3	3	5	0	0	EP*)
2	Beratung im Gesundheitswesen	3	3	5			
			6	10		0	
Modul IVMG-10					Gewicht Prüfungs- leistung	Gewicht Modul	Prüfungs- leistung
Masterarbeit							
Nr.	Bezeichnung	Sem	SWS	LP			
1	Masterthesis mit abschließendem Kolloquium	4		30	30	30	MA
				30		30	
Summe				120		107	

Legende:

- *) Die Prüfungsleistung wird mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet.
- EP E-Portfolio
- KO Komplexe Aufgabe
- KU Kumulationsprüfung
- K90 Klausur 90 Minuten
- K120 Klausur 120 Minuten
- MA Masterthesis
- PA Projektarbeit
- PP Posterpräsentation
- R Referat